

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 06.06.2024

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 27.6.2024

Planungs- und Versorgungssicherheit für Österreichs Wirtschaft

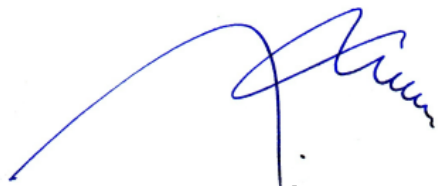
Energie ist der kostenintensivste Input in der industriellen Produktion und ein günstiger Zugang war ein steter Begleiter für die Industrie und ihrem Außenhandel. Es ist kein großes Geheimnis, dass sich produzierende Betriebe dort ansiedeln, wo ein Zugang zu einem günstigen Energieträger mit ausgebauter Infrastruktur besteht. Aufgrund einer Initiative des Energieministeriums soll dieser Standortvorteil aufgegeben werden. Wenn die Energie aufgrund der geforderten strategischen Wende (kein Gas aus Russland) sich dermaßen verteuert, dass die Ertragskraft der Unternehmen geradezu einbricht, wiegen die Belastungen von Energiekosten und viel zu hohen Steuern doppelt. Es kann nicht sein, dass das Energieministerium im ideologischen Drang nach Interventionismus und Reglementierung über die freie Wirtschaft, dieser vorschreibt, aus welchem Land und welcher Energieträger eingekauft und eingesetzt werden muss. Seit Mitte 2023 befindet sich Österreichs Wirtschaft an einem Wendepunkt und rangiert in der Wirtschaftsleistung in den EU-Ländern nur mehr im untersten Bereich, wobei im Unterschied zur Weltwirtschaft eine Rezession bereits eingetreten ist. Damit wird der Konjunkturunbruch zu einem rein österreichischen Phänomen.

Es ist eine interessante Erkenntnis, dass der Staat, obwohl er nur ein Drittel an der OMV besitzt, dem Konzern eine wirtschaftspolitische Strategie vorschreiben möchte, was nichts anderes als ein Eingriff in die freie, ohnehin viel zu reglementierte, gesamte Wirtschaft bedeutet. Wenn die OMV nicht mehr liefern darf, betrifft es die ganze Lieferkette, also bis zum unternehmerischen Endabnehmer. Das Debakel der ‚Verstaatlichten Industrie‘ aus den 70er und 80er Jahren darf in der österreichischen Erinnerungskultur nicht vergessen werden. Daher muss alleine schon aus Gründen der Kostenverantwortung für die Wiener Betriebe dieser Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen abgelehnt werden, solange Gas nicht als Produkt selbst auf der Sanktionsliste steht. Unabhängig davon wurde in dieser Initiative – die bereits kurzfristig zu einer Verteuierung der Energiekosten führen wird – keine Kompensation im Sinne massiver Senkung der Lohnnebenkosten, der Körperschaftsteuer und einer Erhöhung des Investitionsfreibetrages auf 30 Prozent angeboten.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich möge sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass an dem Standortvorteil in der Lieferkette von Gaslieferungen keineswegs zum Nachteil der Klein-, Mittel- und Großbetriebe eingegriffen wird, weil sich dadurch die Belastungen für Unternehmen erhöhen und Abwanderungen aus Österreich weiter beschleunigen.



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter



Mag. Reinhard Pisec, BA MA
WP-Delegierter, Sparte Industrie